Folgeindizierung
Entscheidung Nr. 8147 (V) vom 10.4.2008
bekannt gemacht im Bundesanzeiger Nr. 66 vom 30.4.2008

Antragsteller:
von Amts wegen

Verfahrensbeteiligte:
ITT Contrast Video
Anschrift unbekannt

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat
von Amts wegen am 10.4.2008
gemäß § 21 Abs. 5 Nr. 3 JuSchG im vereinfachten Verfahren in der Besetzung:

einstimmig beschlossen:

Der Videofilm „**Halloween II**“,
ITT Contrast Video,
Anschrift unbekannt

wird folgeindiziert und in
Teil **B** der Liste
der jugendgefährdenden Medien
eingetragen.

S a c h v e r h a l t

Durch Indizierungsentscheidung Nr. 1523 (V) vom 26.4.1983, bekannt gemacht im Bundesanzeiger Nr. 96 vom 25.5.1983, wurde der Videofilm „Halloween II“, ITT Contrast Video, Pforzheim, in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen.

Der Videofilm wurde darüber hinaus durch Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten vom 22.1.1999 (Az.: 351 Gs 242/99) bundesweit beschlagnahmt.

Der Beschlagnahmebeschluss stützt sich im wesentlichen auf den Einziehungsbeschluss des AG Pforzheim vom 19.12.1990 (Az.: 2 Gs 260/90), in dem folgende Szenen für die Beschlagnahme relevant waren:

„Der Inhalt des Films stellt in einer zusammenhanglosen Aneinanderreihung bestialische Gewalthandlungen gegen Menschen dar, wobei die spektakulären Hinrichtungsarten der Opfer in ihren sinnlosen Abscheulichkeiten keinen nachvollziehbaren Zusammenhang mit menschlichen Bezügen erkennen lässt. Das jeweilige Opfer wird erstochen, ihm wird der Schädel gespalten, es wird erdrosselt oder im heißen Wasser ertränkt. Einem Opfer wird eine Injektionsnadel in das Auge getrieben. Dabei werden die qualvollen Einzelheiten des Geschehens unter Ausbreitung der Leiden der jeweiligen Opfer deutlich erkennbar, sowie die rohe und rücksichtslose Einstellung der Täter geschildert.“

Das am 1.4.2003 in Kraft getretene Jugendschutzgesetz (JuSchG) enthält in § 18 Abs. 7 die Regelung, dass nach Ablauf von 25 Jahren die Aufnahme eines Mediums in die Liste ihre Wirkung verliert. Die Indizierung des verfahrensgegenständlichen Videofilms verliert somit im Mai 2008 ihre Wirkung.

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wird vorliegend auf Veranlassung der Vorsitzenden tätig, weil ihres Erachtens der verfahrensgegenständliche Film auch nach den heutigen Maßstäben jugendgefährdende Inhalte aufweist (vgl. § 21 Abs. 5 Nr. 3 JuSchG).

Die Verfahrensbeteiligte konnte nicht form- und fristgerecht davon benachrichtigt werden, dass über die Folgeindizierung im vereinfachten Verfahren gemäß § 23 Abs. 1 JuSchG entschieden werden soll, da eine ladungsfähige Adresse der Verfahrensbeteiligten nicht bekannt ist und trotz Recherchen seitens der Bundesprüfstelle in einschlägigen Datenbanken nicht zu ermitteln war.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Prüfkarte und auf den des Videofilms Bezug genommen. Die Mitglieder des 3er-Gremiums haben sich den Videofilm in voller Länge und bei normaler Laufgeschwindigkeit angesehen und die Entscheidung sowie die Entscheidungsbegründung in vorliegender Fassung einstimmig beschlossen und gebilligt.

G r ü n d e

Der Videofilm „Halloween II“, ITT Contrast Video, Anschrift unbekannt, hat in der Liste der jugendgefährdenden Medien zu verbleiben, wird folgeindiziert und in Listenteil **B** eingetragen.

Sein Inhalt ist weiterhin offensichtlich geeignet (§ 23 Abs. 1 JuSchG), Kinder und Jugendliche sozial-ethisch zu desorientieren, wie das Tatbestandsmerkmal „Gefährdung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihrer Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ in § 18 Abs. 1 Satz 1 JuSchG nach ständiger Spruchpraxis der Bundesprüfstelle sowie höchstrichterlicher Rechtsprechung auszulegen ist.

Nach § 18 Abs. 1 Satz 2 JuSchG sind Medien u.a. dann jugendgefährdend, wenn sie unsittlich sind, verrohend wirken, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizen.

Der Inhalt des Videofilms wirkt nach Auffassung des 3er-Gremiums verrohend.

Verrohend wirkende Medien sind solche, die geeignet sind, durch Wecken und Fördern von Sadismus und Gewalttätigkeit, Hinterlist und gemeiner Schadenfreude einen verrohenden Einfluss auszuüben (Nikles/Roll/Spürck/Umbach, Jugendschutzrecht 2. Aufl., § 18 Rn. 5).

Zur Begründung hat das 3er-Gremium der Bundesprüfstelle einmal auf die Beschlagnahmebeschlüsse verwiesen und zum anderen auch auf die oben benannte Indizierungsentscheidung, in der im Hinblick auf die verrohende Wirkung folgendes ausgeführt ist:

„So spaltet der Wahnsinnige einem Nachtwächter mit einer Axt den Schädel, was in aller Deutlichkeit von der Kamera gezeigt wird.

Ein Krankenpfleger und eine befreundete Krankenschwester nehmen im Keller des Krankenhauses ein gemeinsames Bad. Durch ein Geräusch lockt Michael Myers den Mann in den Nebenraum und erdrosselt ihn. Dann greift er die junge Frau und drückt ihren Kopf und Oberkörper in einen Kessel mit kochendem Wasser, bis sie tot ist. Das völlig entstellte, blasenübersäte Gesicht der Toten wird in Großaufnahme herausgestellt.

Andere Schwestern werden ebenso bestialisch getötet. Eine findet ihre tote Kollegin mit einer Spritze im Kopf. Als sie sie untersucht, kommt der Wahnsinnige und stößt auch ihr eine lange Spritze in den Kopf.

Der Wahnsinnige stößt einer Schwester ein Skalpell in den Rücken und hebt dann am Griff dieses Skalpells den Körper der Frau hoch. Die Kamera ist voll auf die Frau gerichtet und der Zuschauer sieht ihre Glieder zucken und die entsetzt blickenden Augen langsam brechen. Als sie tot ist, wirft er ihren Körper zu Boden.“

Auch die nach Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG grundsätzlich gewährte Kunstfreiheit steht der Folgeindizierung nicht entgegen. Ohne Frage darf der Film die Kunstfreiheit des Art. 5 Abs. 2 S. 1 GG für sich in Anspruch nehmen. Denn nach der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Definition ist alles Kunst, was sich darstellt als „freie schöpferische Gestaltung, in der Erfahrungen, Eindrücke oder Phantasien des Urhebers zum Ausdruck kommen“. Diese Definition wird von dem verfahrensgegenständlichen Film unzweifelhaft erfüllt:

Doch hat nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 27.11.1990 (NJW 91, S. 1471 ff.) auch der Jugendschutz Verfassungsrang, abgeleitet aus Art. 1 Abs.1, Art. 2 Abs. 2 und Art. 6 Abs. 2 GG).

Der Bundesprüfstelle ist durch die benannte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aufgegeben, zwischen den Verfassungsgütern Kunstfreiheit und Jugendschutz abzuwägen, um festzustellen, welchem der beiden Güter im Einzelfall der Vorrang einzuräumen ist. Dabei ist bei einem Werk nicht nur die künstlerische Aussage, sondern auch die reale Wirkung zu berücksichtigen.

Das 3er-Gremium der Bundesprüfstelle hat übereinstimmend mit den Strafverfolgungsbehörden festgestellt, dass in dem Videofilm grausame Taten dargestellt werden, die dazu geführt haben, diesen Videofilm einem absoluten Verbreitungsverbot zu unterwerfen. Des weiteren ist in den Beschlüssen mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die in der Indizierungsentscheidung der Bundesprüfstelle benannten Szenen als grausam und abstoßend einzustufen sind, so dass in jedem Fall dem Jugendschutz Vorrang vor dem Kunstschutz einzuräumen ist.

Für das Vorliegen eines Falles von geringer Bedeutung nach § 18 Abs. 4 JuSchG lagen dem 3er-Gremium keine Anhaltspunkte vor. Es schätzt den Grad der Jugendgefährdung als nicht nur gering ein. Zahlen zum Verbreitungsgrad des Videofilms lagen nicht vor. Auch hier geht das Gremium aufgrund der Bekanntheit der „Halloween“-Filmreihe nicht von einer nur geringen Stückzahl aus.

Seit April 2003 sind Trägermedien, die nach Einschätzung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien einen in § 86, § 130, § 130a, § 131, § 184, § 184a oder § 184b des Strafgesetzbuches bezeichneten Inhalt haben, gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 2 JuSchG in Teil B (Öffentliche Liste der Trägermedien mit absolutem Verbreitungsverbot) der Liste jugendgefährdender Medien aufzunehmen.

Der Inhalt des Films erfüllt nach den Beschlagnahmebeschlüssen den Tatbestand des § 131 StGB. Der Videofilm ist daher gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 2 JuSchG i.V.m. § 131 StGB in Teil B der Liste aufzunehmen.

Aus der Indizierungsentscheidung ergeben sich folgende Verbreitungs- und Werbebeschränkungen:

§ 15 Jugendgefährdende Trägermedien

Abs. 1 Trägermedien, deren Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien nach § 24 Abs. 3 Satz 1 bekannt gemacht ist, dürfen nicht

1. einem Kind oder einer jugendlichen Person angeboten, überlassen oder sonst zugänglich gemacht werden,
2. an einem Ort, der Kindern oder Jugendlichen zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, ausgestellt, angeschlagen, vorgeführt oder sonst zugänglich gemacht werden,
3. im Einzelhandel außerhalb von Geschäftsräumen, in Kiosken oder anderen Verkaufsstellen, die Kunden nicht zu betreten pflegen, im Versandhandel oder in gewerblichen Leihbüchereien oder Lesezirkeln einer anderen Person angeboten oder überlassen werden,
4. im Wege gewerblicher Vermietung oder vergleichbarer gewerblicher Gewährung des Gebrauchs, ausgenommen in Ladengeschäften, die Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich sind und von ihnen nicht eingesehen werden können, einer anderen Person angeboten oder überlassen werden,
5. im Wege des Versandhandels eingeführt werden,
6. öffentlich an einem Ort, der Kindern oder Jugendlichen zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, oder durch Verbreiten von Träger- oder Telemedien außerhalb des Geschäftsverkehrs mit dem einschlägigen Handel angeboten, angekündigt oder angepriesen werden,
7. hergestellt, bezogen, geliefert, vorrätig gehalten oder eingeführt werden, um sie

oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 6 zu verwenden oder einer anderen Person eine solche Verwendung zu ermöglichen.

Abs. 3 Den Beschränkungen des Absatzes 1 unterliegen auch, ohne dass es einer Aufnahme in die Liste und einer Bekanntmachung bedarf, Trägermedien, die mit einem Trägermedium, dessen Aufnahme in die Liste bekannt gemacht ist, ganz oder im Wesentlichen inhaltsgleich sind.

Abs. 5 Bei geschäftlicher Werbung darf nicht darauf hingewiesen werden, dass ein Verfahren zur Aufnahme des Trägermediums oder eines inhaltsgleichen Telemediums in die Liste anhängig ist oder gewesen ist.

Abs. 6 Soweit die Lieferung erfolgen darf, haben Gewerbetreibende vor Abgabe an den Handel die Händler auf die Vertriebsbeschränkungen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 6 hinzuweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Entscheidung des 3er-Gremiums im vereinfachten Verfahren ist vor einer Klageerhebung zunächst innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung die Entscheidung des 12er-Gremiums der Bundesprüfstelle zu beantragen.

Eine Anfechtungsklage gegen diese abschließende Entscheidung kann sodann innerhalb eines Monats ab Zustellung schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle beim Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz 1, 50667 Köln, erhoben werden. Die Klage ist gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesprüfstelle zu richten (§§ 25 Abs. 1, 2, 4 JuSchG; 42 VwGO). Sie hat keine aufschiebende Wirkung.